

Täglicher Anzeiger



H O L Z M I N D E N S E I T 1 7 7 7



Nr. 242 / 1,70 €

Dienstag, 17. Oktober 2023

www.tah.de



Israel-Gedenken in Holzminden

HOLZMINDEN. Holzmindener haben der Opfer des Hamas-Terrorakts in Israel gedacht. Die Redner fanden deutliche Worte. **» SEITE 10**



L 580 durch Lenne ist arg ramponiert

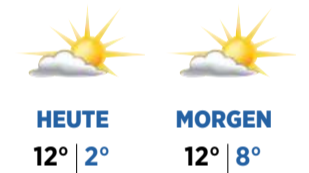
LENNE. Die Lenner Ortsdurchfahrt, genauer gesagt dieses Teilstück der L 580, gleicht einer Buckelpiste. Die Bürger sind verärgert. **» SEITE 13**

Hospiz-Bau in Stadtoldendorf liegt im Zeitplan



STADTOLDENDORF. Der Baufortschritt am Solling-Hospiz Christine Amalie in Stadtoldendorf ist deutlich sichtbar, aber noch ist an dem Gebäude einiges zu tun. Im Dezember oder Januar sollen die ersten Gäste einziehen. Bei einer exklusiven Baustellenführung zeigen Palliativmediziner Dr. Werner Stimpel (Foto v.l.), die Geschäftsführer Rita Harre und Michael Pfeil sowie Diana Schwannecke als Einsatzleiterin des Hospiz-Vereins, welche Arbeiten noch zu erledigen sind und geben einen persönlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung im Kreis Holzminden. 16 Vollzeitstellen sind für das Hospiz geplant, noch sind nicht alle Stellen besetzt, aber der Optimismus bei den Verantwortlichen ist groß. Schließlich sollen sich im einzigen Hospizhaus des Landkreises alle Menschen wohlfühlen. (alb) FOTO: ESC **» SEITE 9**

WETTER



POLITIK

EU-Balkangipfel in Tirana

TIRANA. Seit mehr als 20 Jahren warten die Balkanstaaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien auf einen Beitritt zur EU. Bei einem Gipfeltreffen in Tirana forderte unter anderem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) eine schnelle Aufnahme der Länder. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte, das Treffen sende eine starke Botschaft, wie sehr man sich der Erweiterung verpflichtet fühle.

WIRTSCHAFT

Investoren wappnen sich für neue Krise

FRANKFURT. Die ohnehin unter Druck stehende Weltwirtschaft wird durch den neuen Nahostkrieg zusätzlich belastet. Unter anderem könnte die Straße von Hormus laut Experten zu einem kritischen Nadelöhr werden, durch das eine erhebliche Menge der Öllieferungen auf See transportiert wird. Investoren kaufen nun vor allem wieder Gold, Dollar und US-Staatsanleihen, um ihre Depots abzusichern.

SO ERREICHEN SIE UNS

Redaktion: 05531/9304-31
redaktion@tah.de

Anzeigen: 05531/9304-40
anzeigen@tah.de

Aboservice: 05531/9304-24
vertrieb@tah.de



Inflation auf tiefstem Stand seit Beginn des Ukraine-Kriegs

Rate sinkt im September auf 4,5 Prozent - Trendwende bei Preisen für Nahrungsmittel

VON FRIEDERIKE MARX

DÜSSELDORF/WIESBADEN. Die Inflationsrate in Deutschland ist deutlich gesunken. Nach dem am Montag veröffentlichten Inflationsmonitor der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung ging die Rate von August auf September von 6,1 auf 4,5 Prozent zurück. Grund dafür sei, dass die Preisdynamik in den Bereichen Nahrungsmittel und Haushaltsenergie nachgelassen habe.

Auf den gleichen Wert kommt auch das Statistische Bundesamt in seiner letzten Berechnung. „Die Inflationsrate ist auf den niedrigsten Wert seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine gefallen. Sie bleibt aber dennoch hoch“, sagte Behördenpräsidentin Ruth Brand zuletzt. Überdurchschnittlich stark gestiegene Nahrungsmittelpreise

belasteten Verbraucherinnen und Verbraucher weiterhin. Hier aber sehen Volkswirte Anzeichen für eine Entspannung.

» Wir haben den Höhepunkt der Inflation wohl überwunden.

Joachim Nagel,
Präsident der Bundesbank

Der Grund: Im August sind die Preise für landwirtschaftliche Produkte wie Getreide oder Milch auf der Erzeugerebene weiter gesunken. Im Schnitt sämtlicher Produkte waren die Preise 5,6 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor, wie das Statistische Bundesamt am Montag berichtete. Im Vergleich zum Juli sind sie aber nur um 0,1 Prozent gesunken.

Vor allem tierische Erzeugnisse waren mit einem Preis-

rückgang von 8,3 Prozent billiger als vor einem Jahr. Bei den pflanzlichen Produkten wurde der starke Preisrückgang für Getreide (-31,8 Prozent) von höheren Preisen für Obst (+13,7 Prozent) und Gemüse (+15,9 Prozent) nahezu ausgeglichen.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine waren die Preise für Lebensmittel insgesamt stark gestiegen, was insbesondere einkommensschwache Haushalte überdurchschnittlich belastet hat. Inzwischen senken die Lebensmittelketten ihre Preise für einzelne Produktgruppen aber auch wieder - am Montag etwa für Käseprodukte, Tomatenkonserven oder Mehl.

Nach Einschätzung des gewerkschaftlichen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) wird sich der Trend sinkender Nahrungsmittelpreise in den kom-

menden Monaten fortsetzen. Die globalen Preise seien stärker zurückgegangen, als es bei den deutschen Verbrauchern bislang angekommen sei. Auch die Preise auf der Großhandelsebene sind in Deutschland im September weiter gesunken. Verglichen mit dem Vorjahresmonat gingen sie um 4,1 Prozent zurück, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Es ist der sechste Rückgang in Folge und der deutlichste Rückgang seit Mai 2020.

Der Präsident der Bundesbank, Joachim Nagel, hält die Inflation weiterhin für zu hoch, sieht Deutschland aber auf einem guten Weg. „Wir haben den Höhepunkt der Inflation wohl überwunden“, sagte er in der vergangenen Woche am Rande der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Marrakesch in Marokko.

Verhältnis zu Polen könnte sich verbessern

WARSAU. Polen steht möglicherweise vor einem Machtwechsel. Laut Prognosen des Meinungsforschungsinstituts Ipsos wurde die nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jaroslaw Kaczynski bei der Wahl am Sonntag zwar wieder stärkste Kraft, die liberalkonservative Bürgerkoalition (KO) von Oppositionsführer Donald Tusk kommt aber gemeinsam mit dem christlich-konservativen Dritten Weg und dem Linksbündnis Lewica auf 248 der 460 Sitze im Unterhaus des Parlaments und damit auf eine Mehrheit. Für die PiS und ihren Koalitionspartner, die ultrarechte Konfederacja, würde es hingegen nicht reichen.

Laut Agnieszka Lada-Konefal vom Deutschen Polen-Institut würde ein Machtwechsel wohl zu einer Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses führen. Sollte die heutige Opposition die künftige Regierung stellen, würden sich Rhetorik und Atmosphäre ändern, sagte sie am Montag.

Scholz reist aus Solidarität nach Israel

Netanjahu-Regierung erwartet von Deutschland Rückendeckung für ihre Gegenangriffe

VON MICHAEL FISCHER

BERLIN. Zehn Tage nach dem verheerenden Terrorangriff der islamistischen Hamas reist Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am heutigen Dienstag als erster Regierungschef nach Israel, um ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Anschließend geht es weiter nach Ägypten, das einzige Nachbarland Israels, das auch an den Gazastreifen grenzt. Es wird erwartet, dass Scholz den israelischen Ministerpräsi-

dent Benjamin Netanjahu und den ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi trifft.

In den Gesprächen wird es darum gehen, wie die rund 200 Geiseln der Hamas im Gazastreifen befreit werden können - darunter mehrere Deutsche. Auch konkrete Hilfsleistungen dürften eine Rolle spielen: Militärische Hilfe für die israelischen Streitkräfte; humanitäre Hilfe für die Menschen im Gazastreifen. Offiziell bestätigt wurde

der Besuch am Montag noch nicht - aber auch nicht dementiert. Aus Sicherheitsgründen werden Besuche von Spitzenpolitikern in Kriegs- und Krisengebieten in der Regel nicht vorher bekannt gegeben.

„In diesem Moment gibt es für Deutschland nur einen Platz: den Platz an der Seite Israels“, hatte Scholz in der vergangenen Woche im Bundestag erklärt. „Das meinen wir, wenn wir sagen: Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.“

Und Scholz fügte hinzu: „Unsere Solidarität erschöpft sich nicht in Worten.“ Das will der Bundeskanzler nun mit seiner Reise unter Beweis stellen. Bisher wurden Drohnen vom israelischen Typ Heron TP, die auch bewaffnet werden können, und Munition für Kriegsschiffe angefragt.

Die israelische Regierung erwartet von Deutschland aber vor allem Rückendeckung für ihre Gegenangriffe gegen die Hamas. In Kürze wird eine Bodenoffensive er-



Kanzler Olaf Scholz betont: „Unser Platz ist an der Seite Israels.“ FOTO: IMAGO/CHRISTIAN SPICKER

wartet, bei der es auch zivile Opfer geben dürfte. Dieser Part der Solidarität wird der schwierigste für Scholz.